

# sozialdemokratischer pressediens

2/XXVII/77

21. April 1972

Einig in der Abwehr der Gefahr!

Der verlorene Hitlerkrieg läßt sich nicht  
nachträglich gewinnen

Von Albert Osswald MdB  
Ministerpräsident von Hessen

Seite 1 bis 3 / 107 Zeilen

Keine Konzentrationsbestrebungen im  
Rüstungsbereich

Mittelstand und Handwerk bauen ihren Anteil  
in der Rüstungswirtschaft aus

Von Klaus Richter MdB  
Mitglied des Bundestagsverteidigungsaus-  
schusses

Seite 4 und 5 / 54 Zeilen

So wird Mitbestimmung zur Farce

Zum Hochschulgesetzvorentwurf des bayerischen  
Kultusministers

Von Dr. Peter Glotz MdB, Bayern

Seite 6 und 7 / 65 Zeilen

Einig in der Abwehr der Gefahr!

Der verlorene Hitlerkrieg läßt sich nicht nachträglich gewinnen

Von Albert Osswald  
Ministerpräsident von Hessen

Die sozial-liberale Bundesregierung hat in den knapp zweieinhalb Jahren ihres Bestehens ein Riesenmaß an Arbeit geleistet, um jedem Bundesbürger ein Maximum an sozialer Sicherheit zu schaffen, darüber hinaus aber auch um die Sicherheit unseres Gemeinwesens nach außen zu gewährleisten, ohne die jede soziale Sicherung im Inneren problematisch wäre. Besonders das Ausland, und gerade das westliche, uns befreundete, weiß zu schätzen, was diese Bundesregierung getan hat, um die schrecklichen Schatten der Vergangenheit zu bannen. Das Nobel-Preis-Komitee hat diese Leistung durch die Verleihung seiner höchsten Auszeichnung an den Bundeskanzler gewürdigt.

Nur die Opposition von CDU und CSU läuft Sturm gegen eine Politik der Bundesregierung, die der Sicherheit nach Westen in weiser Balance die Sicherheit nach Osten hinzugesellen will - eine Sicherheit, die Frankreich ebenso wie Großbritannien, Holland ebenso wie Italien oder die skandinavischen Staaten anstreben und an der der große transatlantische Partner USA in höchstem Maße interessiert ist. Allein die deutsche Opposition scheint nach dem alten Landserwort zu handeln: Die ganze Kompanie steht schief, nur ich stehe gerade.

Die Opposition scheut kein Mittel zur Verunsicherung der deutschen Öffentlichkeit. In der Hoffnung, die Ostverträge zum Scheitern zu bringen und damit wieder in den Besitz der Regierungsgewalt zu gelangen, macht sie die von der sozial-liberalen Regierung nach überaus schwierigen Verhandlungen erreichten Verträge schlecht und bemüht sich, vergessen geglaubte Ressentiments des kalten Krieges wieder hochzuputtschen. Allen Ernstes machen die Strauß und Sarzel den lächerlichen Versuch, in der Bevölkerung den Eindruck

zu erwecken, als könnten sie, wenn sie nur wieder an den Regierungshelmen säßen, den Sowjets und den Polen bessere Verträge abtrotzen und damit den verlorenen Hitler-Krieg nachträglich noch gewinnen. Sie wollen damit die unglückliche Tradition einer deutschen Außenpolitik fortsetzen, die seit dem Ausscheiden Bismarcks in eigener Selbstüberschätzung und in totaler Verkennung der wirklichen Machtverhältnisse in der Welt agierte und unserem Land soviel Unheil bescherte.

Die Sozialdemokraten sind nicht schuld daran, daß die Ausgangslage für das Zustandekommen der Ostverträge nicht besser war - daß weite deutsche Gebiete durch den Hitler-Krieg verlorengegangen sind und daß dieser Verlust von der gesamten Welt, auch von den uns befreundeten Nationen, als billige Wiedergutmachung, mindestens aber als unabänderliches Schicksal angesehen wird. Sozialdemokraten und Liberale versprechen sich nicht den geringsten Vorteil von einer Fortsetzung der zwei Jahrzehnte lang betriebenen passiven Trotzhaltung gegenüber dem Osten; sie sehen darin nur Gefahren. Die Regierung Brandt/Scheel ist nicht interessiert an der "Kontinuität der Erfolglosigkeit", die lange genug gewährt wurde und nur in einer neuen Katastrophe enden könnte.

Ein Scheitern der Ostverträge würde jenen Scharfmachern im kommunistischen Bereich recht geben, die uns Deutsche als ewige, unverbesserliche Friedensstörer anprangern. Eine neue Welle des Hasses würde sich über uns ergießen, von der auch unsere westlichen Freunde nicht unbeeindruckt bleiben könnten. Das Viermächte-Abkommen über Berlin, das in der durch die Unterzeichnung der Verträge von 1970 entstandenen günstigen weltpolitischen Atmosphäre zustande gekommen ist und das bereits jetzt erste Erfolge bringt, würde der Frostnacht eines neuen kalten Krieges zum Opfer fallen. Alle Bemühungen der USA und der übrigen NATO-Partner um Entspannung und Ausgleich mit dem Osten würden um Jahre zurückgeworfen.

"Diejenigen, die jenseits des Rheines einen illusorischen Schritt zurück zu tun versuchen, sollten sich klar darüber werden

daß die Annäherung zwischen Ost und West der Schlüssel zu einem besseren Gleichgewicht in Asien und der Welt war", schrieb dieser Tage die gaullistische Pariser Zeitung "La Nation". Noch deutlicher wurde das Pariser Blatt "Combat": "Wenn der Bundestag den deutsch-polnischen und den deutsch-sowjetischen Vertrag nicht ratifiziert, werden die Entspannungspläne zunichte gemacht oder auf sehr viel später verschoben, und die Reise Nixons wird in einem nicht sehr günstigen Klima stattfinden - all dies nur, weil die Christlichen Demokraten in ihrem Land wieder die Zügel ergreifen wollen."

Heute schon läßt sich klar erkennen, daß eine Nichtratifizierung der Verträge die Bundesrepublik in eine Isolierung ungeahnten Ausmaßes führen würde. Sie wäre in Gefahr, das europäische Gegenstück zu Taiwan, mit anderen Worten: von allen verlassen zu werden. Das wollte wohl auch der frühere amerikanische UN-Botschafter Charles W. Yost andeuten, als er dieser Tage schrieb: "Wenn Strauß und Barzel die Verträge zu Fall bringen, die nicht nur von den östlichen Nachbarn Deutschlands, sondern auch von allen westlichen Alliierten einschließlich der Vereinigten Staaten unterstützt werden wohin werden sie dann das deutsche Volk führen?"

Das deutsche Volk sollte es endlich satt haben, immer wieder von Hasardeuren an den Rand der Katastrophe geführt und um die Früchte seines Fleißes gebracht zu werden. Wie gefährlich das Spiel mit den Verträgen ist, das die Strauß und Barzel aus rein machtpolitischen Erwägungen treiben, die Erkenntnis dessen beginnt sogar schon in der CDU zu dämmern. Man braucht nur den Artikel in der Ausgabe des "Informationsdienstes des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen" zu lesen, in dem der Bundestagsabgeordnete Ernst Majonica feststellt, daß mit einem Scheitern der Ostverträge und einer dann möglichen neuen Bundesregierung Bonn unweigerlich in einen Gegensatz zur westlichen Politik geraten würde. Um so mehr sollten wir Sozialdemokraten zusammen mit unserem liberalen Koalitionspartner alle Kräfte aufbieten, die gegenwärtige Krise zu überwinden. Dazu gehört die volle Unterstützung der "Aktion für Frieden und Entspannung", die die Bundesregierung zusammen mit den sie tragenden Parteien und anderen Organisationen in diesen Wochen durchführt.

Ein Scheitern der Verträge würde außer schwerwiegenden außenpolitischen auch beträchtliche innerpolitische Folgen haben. Das gesamte Reformwerk der sozial-liberalen Regierung, besonders die zum 1. Januar 1973 anstehende Rentenreform, würde fraglich. Angesichts dieser drohenden Gefahren gilt es mehr denn je, interne Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen zurückzustellen und Einigkeit zu bewahren. Die Jungsozialisten haben mit ihren Beschlüssen von Oberhausen über die Taktik bis zur Bundestagswahl manchem älteren Genossen ein Beispiel der innerparteilichen Disziplin gegeben.

(-/ex/21.4.1972/rü)

+ + +

## Keine Konzentrationsbestrebungen im Rüstungsbereich

Mittelstand und Handwerk bauen ihren Anteil  
in der Rüstungswirtschaft aus

Von Klaus Richter MdB

Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses

Bei seinem Truppenbesuch in Ulm hat Bundeskanzler Willy Brandt bekräftigt, daß von einem Mißverhältnis zwischen Verteidigung und Entspannungspolitik keine Rede sein könne. Die Formel Sicherheit oder Entspannung ist lebensgefährlich. Sicherheit und Entspannung ist unsere Politik im Bündnis. Der Verteidigungsausschuß wird in dieser Woche die Beratungen zum Bericht des Bundesministers der Verteidigung über die mittelfristige Rüstungsplanung fortsetzen. Dr. Ernst Wolf Mommsen, der zuständige Staatssekretär für Rüstungsfragen im Bundesministerium der Verteidigung, fand mit seinen Planungsvorstellungen nicht nur die Anerkennung der Mitglieder der Koalition, auch die Opposition zollte seiner großen Organisationsleistung auf der Hardhöhe Respekt.

Mit seinem Bericht vor dem Verteidigungsausschuß konnte Dr. Mommsen darstellen, daß die Bundesregierung davon ausgehe, daß die weltpolitische Lage auch in Zukunft Rüstungsanstrengungen erfordere, die erst auf der Grundlage gemeinsamer ausgewogener Vereinbarungen beider Machtblöcke reduziert werden können. Herauszustellen ist, daß die deutsche Industrie einen großen Beitrag zur Ausrüstung der Bundeswehr liefert und damit in der Lage ist, gleichberechtigt mit den Industrien unserer Verbündeten zusammenzuarbeiten. Sie muß dazu die personellen und materiellen Voraussetzungen für die von der NATO geforderte nationale Logistik bieten. Erwähnt soll sein, daß die Bundesrepublik eine relativ kleine Rüstungsindustrie hat. Der Anteil der Rüstung an der gesamten Industrieproduktion beträgt nur rund zwei vH.

Dr. Mommsens großes Verdienst ist es, daß er, von seinen Erfahrungen in der Wirtschaft ausgehend, es von Anfang an als seine vordringliche Aufgabe angesehen hat, eine Organisationsform zu fin-

den, die auf die spezifischen Erfordernisse des Rüstungsbereichs zugeschnitten ist und die, abweichend von den sonst bei den Ministerien und Behörden üblichen Verwaltungsmethoden, zu einem nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführten Management auch im Behördenbereich führt.

Ein zentrales Anliegen des Staatssekretärs war die Verhinderung von Konzentrationsbestrebungen durch Bindung der Generalunternehmer in der Verteidigungswirtschaft. Am Beispiel des Kampfpanzers Leopard ist darzustellen, daß vom Generalunternehmer etwa 400 Unterlieferanten eingeschaltet wurden. Die Lieferanten der Hauptkomponenten, wie Motoren und Getriebe, haben ihrerseits wieder 2.600 Zulieferer beteiligt. Auch bei anderen Vergaben werden die Generalunternehmer in besonderem Maße angehalten, mittelständische Gewerbebetriebe und das Handwerk einzuschalten. Auf diesem Wege werden Konzentrationsbestrebungen bekämpft und wird selbst bei Großaufträgen der Mittelstand gefördert.

Der Auftraggeber Bundeswehr will die Leistungen der Industrie zu möglichst geringen Preisen einkaufen, die Industrie ist natürlich bestrebt, einen ordentlichen Gewinn zu erzielen. Dabei dürften beide Partner in der Zwischenzeit erkannt haben, daß viele gemeinsame Interessen vorhanden sind, und daß die beiderseitigen Aufgaben nur im sinnvollen Zusammenwirken gelöst werden können. Helmut Schmidt und Dr. Mommsen haben sich im Rüstungsbereich durchgesetzt. Auf dem Tisch liegen Richtlinien über das Management, Kapazitätsplanungen, Vertrags- und Preisbedingungen sind ausgearbeitet. Das war in zwei Jahren und wenigen Monaten möglich.

(-/ex/21.4.1972/mü)

So wird Mitbestimmung zur Farce

---

Zum Hochschulgesetzvorentwurf des bayerischen Kultusministers

Von Dr. Peter Glotz MdL, Bayern

Manche Dementis haben kurze Beine. Die Pressestelle des bayerischen Kultusministeriums mag es gut mit ihrem Minister gemeint haben, als sie nach der Veröffentlichung des Hochschulgesetzvorentwurfs, diesen zum unverbindlichen "Arbeitspapier" herunterspielte. Aber Kultusminister Prof. Hans Maier hat diese Atempause nicht genutzt. Sein missionarischer Drang zur Restauration der alten Universität hat ihn veranlaßt, das "Arbeitspapier" mit wenigen Korrekturen zum "Vorentwurf" zu erheben. Jedem ist heute klar, was Eingeweihte seit Monaten berichten: daß der Kultusminister in der Hochschulgesetzgebung jedes Komma kontrolliert - auch bei "Arbeitspapieren".

Die restaurative Grundtendenz blieb im "Vorentwurf" enthalten. So ist das "Hausrecht" und (ein neu geschaffenes) "Ordnungsrecht" staatliche Angelegenheit, was bedeutet, daß die Hochschule diese Rechte im Auftrag des Ministeriums wahrnimmt und fachaufsichtlich angewiesen werden kann. Während also bisher vermittelnde Rektoren bei Auseinandersetzungen in der Hochschule die Eskalation vermeiden konnten, indem sie Konflikte politisch - statt mit der Polizei - lösten, wird es nun andersherum gehen. Die ruhigen Zeiten in München dürften vorbei sein, nachdem die Stadtpolizei verstaatlicht und das Universitäts-Hausrecht in die Hand verängstigter Ordinarien auf Kultusministersesseln gelegt ist. "Münchner Linie" wird bald etwas anderes bedeuten als bisher.

Überhaupt das "Ordnungsrecht". Statt daß der Freistaat Bayern dafür sorgt, durch die unabhängige Gerichtsbarkeit Gesetzesbrüche schnell und gerecht zu ahnden, verpaßt er den Hochschulen eine (unwirksame, bis heute nirgends funktionierende) eigene Gerichtsbarkeit, die er aber "fachaufsichtlich" beeinflussen kann. Bei Pannen ist die Hochschule schuld; und vor Landtagswahlen sorgt

der Herr Minister selbst für "Ruhe und Ordnung". Der Gag: Das Ganze geht nur gegen Studenten; bei Professoren und Beamten gelten das Beamten- bzw. Arbeitsrecht.

Besonders schwerwiegende strukturelle Mängel des Gesetzes liegen einmal in der rigorosen Erweiterung der Fachaufsicht des Staates und zum anderen in der halbherzigen Reform von Personalstruktur und Mitbestimmung. Grotesk, aber wahr: Selbst die "Gliederung der Hochschule in Fachbereiche" ist - im "Vorentwurf" wie im "Arbeitspapier" - nur "im Benehmen" mit der Hochschule vorzunehmen - das bedeutet: man "hört" die Hochschule - sonst nichts! Hier werden die Ministerialen zu Kompaniechefs der Fachbereiche.

Die Mitbestimmungsregelung - 6:1:1:2:1 in den zentralen Organen, gar 7:1:1:2:1 in den Fachbereichen - reißt die Gruppe der Professoren und der Assistenzprofessoren (die nicht einmal Fachbereichssprecher werden können) auseinander. Wenn man derart "reformiert", hätte man gleich beim guten alten Assistenten bleiben können. Die Professoren sind im übrigen niemals zu Koalitionen - und damit zum Kompromiß - gezwungen. So wird Mitbestimmung zur Farce.

Da des weiteren auch die neue Gliederung in Fachbereiche durch den Art. 29, Abs. 1, unterlaufen werden kann, der es erlaubt, daß "Forschungseinrichtungen und Betriebseinheiten" (sprich Institute) vom Ministerium "im Benehmen" eingerichtet werden und daß Stellen und Mittel für diese Sonder-Einheiten unter den Fachbereichen gesondert zugewiesen werden können, wird auch die neue Fachgliederung nur auf dem Papier stehen. Der Hochschulgesetzentwurf Hans Maiers wird mit großem Aufwand kleine Veränderungen bringen.

Symptomatisch für dieses "Werk" eines heimatischen badischen Konservativen ist ein kleiner, im Grunde wenig wichtiger Paragraph. Da bestimmt der Absatz 3 des Artikels 10, daß der Senat der Hochschule Hochschulmitglieder, die die Verschwiegenheitspflicht in der Selbstverwaltung mißachten, ihres Amtes entheben kann. Schluß des Paragraphen: Diese Regelung fände "auf die Leitung der Hochschule, die Vizopräsidenten und den Kanzler keine Anwendung". Die dürfen schwätzen. Heilige Simplicitas -!

(-/ex/21.4.1972/ks)